

Weser-Kurier vom 25.07.06

GANDERKESEE. "Die Landesregierung tut alles, um die Erdverkabelung der geplanten Hochspannungsleitung zwischen Ganderkesee und St. Hülftte zu verhindern."

Diesen Schluss zieht der Grünen-Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Janßen aus der Antwort des niedersächsischen Umweltministeriums auf seine parlamentarische Anfrage zum derzeit auf Bundesebene diskutierten Infrastruktur-Planungsbeschleunigungsgesetz. Mit diesem Gesetz ist unter anderem vorgesehen, dass Energieversorgungsunternehmen unter bestimmten Umständen die Mehrkosten der Erdverkabelung gegenüber einer Freileitung bei den Netzdurchleitungsgebühren berücksichtigen können. Niedersachsen habe diese Sonderregelung für Erdkabel im Bundesrat abgelehnt, heißt es in der Antwort des Umweltministeriums.

Auch zu der vom Bundeskabinett vorgeschlagenen Änderung, wonach die Mehrkosten für zehn Prozent der bundesweit geplanten 850 Kilometer neuer Hochspannungsleitungen umgelegt werden können, äußert sich die Landesregierung skeptisch: Es sei nicht erkennbar, welchen Sinn es machen solle, eine derartige Sonderregelung für einzelne Technikformen in das Gesetz aufzunehmen, heißt es dazu in der Antwort. Für Hans-Joachim Janßen ist damit "die Katze aus dem Sack."

Denn: "CDU und FDP führen die Betroffenen hinters Licht, wenn sie vorgaukeln, sie befürworteten die Erdverkabelung.

Die Landesregierung tut gleichzeitig nichts, um die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen", sagte der Grünen-Abgeordnete. Vielmehr verhindere sie mit ihrer Position im Bundesrat das Erdkabel durchsetzbar werden. Janßen fordert Landesregierung und Koalitionsfraktionen auf, nicht länger die Interessen der großen Strommultis zu vertreten, sondern sich für eine Umlagemöglichkeit der Mehrkosten von Erdkabeln bei den Netzdurchleitungsgebühren einzusetzen.